

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 96. Ratssitzung vom 14. Dezember 2011

2109. 2011/456

Postulat von Roger Liebi (SVP) und Monika Erfigen (SVP) vom 07.12.2011: Begrenzung der Lohnsumme während 5 Jahren auf den Wert des Budgets 2012

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Roger Liebi (SVP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2059/2011): Aufgrund der bisherigen Diskussion und des Ausgabenwachstums im Personalkostenbereich beantrage ich Ihnen, eine Plafonierung der Lohnsumme während fünf Jahren auf dem Wert des Budgets 2012. Denn die Fachleute sind sich einig, dass die wirtschaftlich schwierige Zeit nicht nur die nächsten zwei, sondern die nächsten fünf bis acht Jahre andauern wird. Dem muss Rechnung getragen werden.*

Weitere Wortmeldungen:

***Daniel Meier (CVP)** stellt die Umsetzung und die Machbarkeit des Vorstosses infrage. Damit sei die CVP nicht einverstanden und lehne das Postulat in dieser Form ab. Bei der Durchsicht des Finanzplans 2013-2015 habe man sinkende Erträge und weiter steigende Ausgaben festgestellt. Er sei der Ansicht, dass in einem Betrieb mit über 20 000 Angestellten für zusätzliche Aufgaben nicht dauernd neue Stellen geschaffen werden müssten. Vielmehr müsse dies intern organisiert werden. Daher beantrage die CVP, das Wort «Lohnsumme» durch den Ausdruck «Stellenwerte» zu ersetzen. Stimme die SVP der Textänderung zu, werde die CVP das Postulat unterstützen.*

***Mauro Tuena (SVP)** verweist auf ein Zeitungsinterview von Stadtrat Martin Vollenwyder, in dem er äussert, dass er auch nicht wisse, weshalb das Stellenwachstum so ausgeprägt sei. Vielmehr beunruhige ihn aber die Begründung, dass die Aufgaben viel komplizierter geworden seien. Er würde gerne wissen, welche Aufgaben das seien, die beispielsweise so viele Kommunikationsstellen in den einzelnen Departementen und die Aufblähung der Departementssekretariate nötig machten.*

***Dr. Urs Egger (FDP):** Es ist ein altes Anliegen der FDP, das Stellenwachstum in einem vernünftigen Mass zu begrenzen, sodass die Finanzen dadurch nicht immer zusätzlich belastet werden. Das ursprüngliche Postulat der SVP wäre von uns nicht unterstützt worden. Der Textänderungsantrag der CVP entspricht aber unserer langjährigen Positi-*

on. Die Dynamik gewisser Verwaltungsbereiche ist uns durchaus bewusst, beispielsweise in den Schulen und im Gesundheitswesen. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass in gewissen Bereichen ein Stellenabbau möglich ist, was durch die vorherige Diskussion zu den Kommunikationsstellen bestätigt wird.

Dr. Martin Mächler (EVP): Die Plafonierung ist ein Dauerauftrag, den der Gemeinderat dem Stadtrat schon vor Jahren gegeben hat. Trotzdem ist meines Wissens die Zahl der Stellen jedes Jahr weiter angewachsen, und dies gemäss SVP sogar überproportional zur Bevölkerung und zur Teuerung, wenn man die Lohnsumme berücksichtigt. Ich bin davon überzeugt, dass eine wachsende Bevölkerung zwar mehr Arbeit mit sich bringt, gleichzeitig aber auch Synergien schafft, wodurch die Stellenzahl nur unterproportional anwachsen dürfte, ausser in den Schulen und in der Pflege. Aus diesen Überlegungen und auch weil fünf Jahre keine Ewigkeit sind, werden wir dem abgeänderten Vorstoss zustimmen. Sollten aber in dieser Zeitspanne der Stadt vom Kanton wiederum so viele Aufgaben zugeteilt werden, sehen wir die Notwendigkeit der Schaffung von neuen Stellen durchaus ein. Schliesslich soll die Stellenzahl aber nun endlich stabilisiert werden. Dadurch müssen keine Leute entlassen werden. Vielmehr sollen Synergien genutzt und Leute umgeschult werden.

Walter Angst (AL) beklagt sich, dass die Ratsmitglieder anscheinend den Finanzplan nicht gelesen hätten. Auf Seite 10 sei nämlich aufgeführt, was es brauche, um die vom Gemeinderat beschlossenen Leistungen erfüllen zu können. Er sei neugierig, wo und wie diese Zusatzausgaben kompensiert werden sollen. Zudem habe er das Gefühl, dass sich viele der Konsequenzen einer Annahme dieses Vorstosses nicht bewusst seien.

Gian von Planta (GLP): Das Postulat genießt bei der GLP gewisse Sympathien. Denn auch wir machen uns Sorgen wegen des Stellenwachstums. In dieser Form halten wir den Vorstoss aber für sinnlos, da bereits eine Stellenplafonierung besteht und deren Einfluss sehr beschränkt ist. Im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Bevölkerungswachstum ist uns zudem nicht ganz klar, wo die Stellen eingespart werden sollen.

Roger Liebi (SVP) ist erstaunt über die Kritik seitens der GLP. Die Partei hätte seines Erachtens genug Zeit gehabt, um selbst einen Vorschlag vorzubringen, mit dem das Problem gelöst werden könnte. Das zeuge für ihn von mangelndem Willen. Er erklärt sich mit dem Textänderungsantrag der CVP einverstanden. Er sehe ein, dass die ursprüngliche Formulierung wahrscheinlich etwas zu einschränkend sei.

Michael Baumer (FDP): Es gehört zum politischen Prozess, dass gewisse Anliegen immer wieder eingebracht werden müssen, bis die Exekutive auch dementsprechend handelt. Selbstverständlich nützt dieser Vorstoss etwas. Der Verwaltung soll so im Rahmen des Budgetprozesses mitgeteilt werden, dass ein weiteres Stellenwachstum nicht im Sinne des Gemeinderats ist. Denn es ist die strategische Aufgabe des Stadtrats, die Aufgaben und ihre Ausgestaltung immer wieder zu überprüfen. Wenn der GLP der vorliegende Vorstoss so nicht passt, hätte sie einen Textänderungsantrag stellen und dem Vorstoss schliesslich zustimmen können. So müssen wir aber

davon ausgehen, dass sie die Problematik nicht erkennt, dass nämlich die Ausgaben weiter ansteigen, aber die Einnahmen stagnieren.

Karin Rykart Sutter (Grüne) erinnert daran, dass die Stellenbeschlüsse auf dem Internet öffentlich einsehbar seien und zugleich ersichtlich werde, weshalb die neuen Stellen geschaffen würden. Sie bitte den Gemeinderat, diese Beschlüsse zu lesen, dann werde auch klar, dass die Stellen nötig seien.

Florian Utz (SP): Der Antrag der CVP erstaunt mich, da sie im Budget 2012 sowohl die Auffassung vertritt, es würden zu wenig neue Stellen geschaffen, als auch gleichzeitig eine Stellenplafonierung fordert. Ein Minimum an Kohärenz wäre doch wünschenswert. Auch die Haltung der EVP überrascht ihn etwas. Will sie doch einem Vorstoss zustimmen, der den Ausgleich verhindern will, obwohl sie der Ansicht ist, dass mit dem Bevölkerungswachstum auch eine Zunahme der Stellenzahl einhergeht. Hier hätte es aus seiner Sicht einen Textänderungsantrag gebraucht. Zudem zeigt auch die FDP eine ambivalente Haltung in dieser Frage. Ein Minimum an Logik darf auch in einer langen Budgetdebatte erwartet werden.

Dr. Martin Mächler (EVP) findet es seltsam, dass man sich über Jahre grosszügig über ein überwiesenes Postulat hinwegsetzt. Ihm gehe es darum, dass nicht für jede neue Aufgabe eine neue Stelle geschaffen werde, ohne dass überlegt werde, ob diese neue Aufgabe nicht auch von bisherigen Mitarbeitenden übernommen werden könnte, die eine andere Aufgabe nicht in der gleichen bisherigen Intensität weiterführen müssten.

Roger Tognella (FDP): Es ist richtig, dass die FDP seit Jahren die Überprüfung und Überwachung der Aufgaben fordert. Dies ist meines Erachtens der SP bis heute fremd. Die GLP bietet heute Abend eine Herausforderung, die angenommen werden muss. Sie verlangt im Prinzip – zusammen mit anderen bürgerlichen Parteien und den Parteien der Mitte – einen verbindlichen Auftrag zur Aufgabenüberprüfung und die Anbindung derselben an einen bestimmten Betrag für das nächste Budget. Ich finde es allerdings schade, dass die GLP dem abgeänderten Vorstoss nun nicht zustimmen kann.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Martin Vollenwyder führt aus, dass er in diesem Jahr schon ein paar Mal habe erleben müssen, dass Bewerber eine Stelle aufgrund des tiefen Salärs abgelehnt hätten. Das sei die Realität. Er wehre sich gegen den Vorwurf, er habe eine Dringliche Schriftliche Anfrage flapsig beantwortet. Immerhin sei die Zahl der zu begründenden neuen Stellen enorm gewesen. Er möchte festhalten, dass in der gleichen Zeitspanne die Zahl der Auszubildenden von 350 auf über 1 000 angewachsen sei, was natürlich auch Ressourcen binde. Über die Schaffung von neuen Lehrstellen hätte sich der Gemeinderat aber bisher noch nie beschwert, im Gegenteil. Auch das Gewerbe sei dafür dankbar. Die Aufgaben seien aufgrund von kantonalen und eidgenössischen Gesetzen komplexer geworden. Darauf habe man aber keinen Einfluss. Es entsetze ihn aber ein wenig, dass



4 / 4

Walter Angst (AL) heute Abend ständig darauf hinweisen müsse, dass der Stadtrat das Geforderte bereits erfüllt habe. Er verweise in diesem Zusammenhang ebenfalls auf Seite 10 des Finanzplans. Er zählt einige Beispiele von Zusammenlegungen aus seinem eigenen Departement auf.

Zudem moniert er, dass nicht nur der Bruttoaufwand betrachtet werden könne, sondern auch die Erträge der Stellen beachtet werden müssten, wie beispielsweise bei der Glattalbahn. Er halte die Plafonierung, egal ob von Stellen oder von der Lohnsumme, für unseriös. Daher werde der Stadtrat auch das geänderte Postulat nicht entgegennehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Monika Erfigen (SVP) *vermisst in den Ausführungen von Stadtrat Martin Vollenwyder die Aufzählung der Aufgaben, die sich die Stadt selber gebe, wie beispielsweise die Teilnahme an Kongressen im Ausland. Dort sei sicher Sparpotenzial vorhanden.*

STR Martin Vollenwyder: *Zürich ist eine internationale Stadt. In diesem Zusammenhang muss hin und wieder jemand an solche Veranstaltungen reisen. Wenn man mit diesen Beträgen die Finanzen der Stadt retten könnte, wäre ich bereit, mit Ihnen darüber zu diskutieren.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten, dem Gemeinderat, mit Beginn ab Budget 2013, Budgetentwürfe so auszugestalten, dass die ~~Lohnsumme~~ Stellenwerte des Budget 2012 während 5 Jahren maximal konstant gehalten wird.

Das geänderte Postulat wird mit 52 gegen 71 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

**Kopie vorab an:
FV**